

## **A N T R A G**

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Dr. Andreas Brugger

betreffend:

**Tirol sozialer machen:**

**Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen nicht aus Tirol wegschicken,  
sondern in Tirol unterbringen und betreuen!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum Sommer 2015 ein Konzept zu erstellen, wie und wo Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen innerhalb Tirols betreut und untergebracht werden können. Noch in dieser Legislaturperiode sind ausreichend Plätze und geeignete Plätze zu schaffen, sodass Kinder und Jugendliche, die nicht mehr bei ihren Familien leben können, zur Betreuung und Unterbringung nicht mehr ins benachbarte Ausland oder in andere Bundesländer geschickt werden müssen.“**

Weiters wird beantragt, diesen Antrag dem **Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit** sowie dem **Finanzausschuss** zuzuweisen.

## **B E G R Ü N D U N G :**

Die Debatte um den von der Landesregierung geplanten und zwischenzeitlich zurückgezogenen Grundstücksverkauf am Areal des Kinderheimes Jugendland in Innsbruck, hat ein beschämendes Faktum im Umgang mit Tiroler Kindern und Jugendlichen, die aufgrund von Gewalt- und/oder Missbrauchserfahrungen nicht länger bei ihren Familien bleiben können, zu Tage gefördert.

Aus einer Anfragebeantwortung von Frau Landesrätin Dr. Christine Baur an den Abgeordneten Edi Rieger 391/14 vom 16. Oktober 2014 geht hervor, dass die zuständigen Stellend es Landes Tirol im Jahr 2013 (neuere Zahlen liegen nicht vor) immer noch **jedes 8. Kind** (insgesamt 105 Kinder und Jugendliche), welches nicht mehr daheim in der Familie betreut werden kann, zur Betreuung und Unterbringung in andere Bundesländer oder gar ins Ausland geschickt haben. Insgesamt wurden im Jahr 2013 **833 Kinder und Jugendliche** außerhalb ihres Elternhauses untergebracht und versorgt. Davon wurden 105 Kinder und Jugendliche außerhalb Tirols verschickt, nämlich 65 in andere Bundesländer und 40 außerhalb Österreichs. Wie Fachleute berichten, ist davon auszugehen, dass die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen in nächster Zeit nicht weniger wird, sondern Fachleute erwarten eher das Gegenteil, dass die Zahl jener Kinder und Jugendlichen, die außerhalb ihres Elternhauses unterzubringen sind, weiter steigen wird..

Ein Antrag des Fritz Landtagsklubs (299/13) wurde am 12. Dezember 2013 vom Tiroler Landtag mehrheitlich beschlossen. Dabei wurde die Tiroler Landesregierung aufgefordert, ausreichende und bedarfsgerechte, längerfristige, betreute Wohnformen für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zur Verfügung zu stellen. Als Voraussetzung dafür wurde eine notwendige Sozialplanung (Bedarfserhebung-Bedarfsdeckung) angeführt. Auf Basis dessen sollten auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Mehr als ein Jahr später stellen wir fest, dass keine nennenswerte Verbesserung der Situation eingetreten ist. Im Gegenteil, die Tiroler Landesregierung hatte sogar geplant und schon beschlossen, ein Drittel jenes Kinderheim-Grundstückes zu verkaufen, welches als Spielfläche und Freiraum für Kinder- und Jugendliche dient. Obwohl diese Grundfläche als Sonderfläche Kinderheim gewidmet ist und daher künftig Platz für Einrichtungen zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen bieten kann, sollte die Fläche umgewidmet und an einen Investor zum Zweck der Schaffung von (Luxus-)Wohnungen verkauft werden.

Das Land verfügt, wie wir wissen, über ausreichende Grundstücksreserven und Objekte, die bis dato schon für die Betreuung und Unterbringung von Kindern und Jugendlichen genutzt werden. Diese würden sich möglicherweise für Erweiterungs- und Neubauten anbieten.

Auf Basis all dieser Überlegungen und weil das Land für die schutzbedürftigen Kinder und Jugendlichen eine Fürsorgepflicht hat, soll umgehend ein Konzept erstellt werden, in dem die Anzahl und die Art der notwendigen Plätze im Detail ausgearbeitet werden. Auf Basis dessen, soll noch in dieser Legislaturperiode mit der Errichtung der notwendigen Plätze begonnen werden.

Innsbruck, am 29. Januar 2015